



Haushalts- und Finanzausschuss

93. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

18. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:18 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses gemäß § 31 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2021 zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise**

7

Vorlage 17/6017

Vorlage 17/6018

Vorlage 17/6019

Vorlage 17/6020

Vorlage 17/6021

Vorlage 17/6022

Maßnahmenvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (s. Anlage 1)

Stellungnahme 17/4562 zu Vorlage 17/6021

¹ vertraulicher Teil mit TOP 8 siehe vAPr 17/49

- Maßnahmenvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (s. Anlage 1)** **7**
- Wortbeiträge
- Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen sowie bei Enthaltung der AfD lehnt der Ausschuss den Maßnahmenvorschlag der Grünen ab.
- Vorlage 17/6017** **13**
- keine Wortbeiträge
- Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6017 zu.
- Vorlage 17/6018** **13**
- Wortbeiträge
- Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6018 zu.
- Vorlage 17/6019** **15**
- keine Wortbeiträge
- Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6019 zu.
- Vorlage 17/6020** **15**
- keine Wortbeiträge
- Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimme der AfD stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6020 zu.
- Vorlage 17/6021** **15**
- Wortbeiträge
- Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie bei Enthaltung der AfD stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6021 zu.
- Vorlage 17/6022** **20**
- keine Wortbeiträge
- Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimme der AfD stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/6022 zu.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700
Drucksache 17/15600 (Ergänzungsvorlage)

und

Finanzplanung 2021 bis 2025

Drucksache 17/14701

Bericht der Landesregierung zur Ergänzungsvorlage

abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge der Fraktionen, Vorbereitung der 2. Lesung im Plenum

– Wortbeiträge

Allgemeine Aussprache 22**Abstimmungen über die Änderungsanträge 42**

(Alle in der heutigen Sitzung gestellten Änderungsanträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse sind den Berichten des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksachen 17/15700 bis 17/15714, 17/15716 und 17/15720 – zu entnehmen. In diesem Protokoll sind nur die darüber hinausgehenden Diskussionsbeiträge wiedergegeben.)

Einzelplan 01: Landtag 42**Zu: Kapitel 01 010, Titelgruppe 65**

Antrag der Fraktion der AfD
(siehe Drucksache 17/15701, Seiten 5 und 6)

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Bildung 42**Zu: Kapitel 05 300, Titel 422 01**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(siehe Drucksache 17/15705, Seite 14)

Zu: Kapitel 05 330, Titel 422 01 42

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(siehe Drucksache 17/15705, Seite 20)

Einzelplan 07: Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration 43
Zu: Kapitel 07 040, Titelgruppe 90

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(siehe Drucksache 17/15707, Seite 13)

Einzelplan 11: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales 43
Zu: Kapitel 11 029, Titelgruppe 80, Titel 686 80

Antrag der Fraktion der SPD
(siehe Drucksache 17/15711, Seite 5)

Schlussabstimmung 43

In der Gesamtabstimmung empfiehlt der **Ausschuss** dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD, den Haushaltsgesetzesentwurf der Landesregierung anzunehmen.

Finanzplanung 2021 bis 2025 43

Einstimmig nimmt der **Ausschuss** die mittelfristige Finanzplanung 2021 bis 2025 zur Kenntnis.

3 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2022 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 – GFG 2022) 44

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14702

Stellungnahme 17/4327
Stellungnahme 17/4388
Stellungnahme 17/4318
Stellungnahme 17/4385
Stellungnahme 17/4357
Stellungnahme 17/4325
Stellungnahme 17/4314
Stellungnahme 17/4379
Stellungnahme 17/4376
Stellungnahme 17/4295

Ausschussprotokoll 17/1583

abschließende Beratung und Abstimmung zur Vorbereitung der 2. Lesung

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

4 Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostenrechts sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamten-gesetz 45

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14306

Stellungnahme 17/4144
Stellungnahme 17/4410
Stellungnahme 17/4411
Stellungnahme 17/4412
Stellungnahme 17/4462
Stellungnahme 17/4463

abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimme der AfD lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der AfD ab.

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der SPD ab.

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

5 Medienbericht über höhere Steuerschäden bei „Cum-Ex“ bzw. „Cum-Cum“ Geschäfts und Steuerhinterziehung im Bericht des Zertifikatehandels (Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 2]) 47

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6012

– Wortbeiträge

6 Kosten für die Nutzung der Terminvereinbarungssysteme und stationäre Impfangebote (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3]*) **48**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6011

– Wortbeiträge

7 Verschiedenes **56**

– keine Wortbeiträge

* * *

4 **Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostenrechts sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamtengesetz**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14306

Stellungnahme 17/4144
Stellungnahme 17/4410
Stellungnahme 17/4411
Stellungnahme 17/4412
Stellungnahme 17/4462
Stellungnahme 17/4463

abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/14306 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, den Unterausschuss Personal, den Innenausschuss sowie den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 30. Juni 2021)

Vorsitzender Martin Börschel leitet ein, zu diesem Gesetzentwurf habe es eine schriftliche Anhörung gegeben. Die Auswertung dieser Anhörung sei in der Sitzung am 28. Oktober 2021 durchgeführt worden.

Auf den Änderungsantrag der AfD Drucksache 17/15616 weise er hin.

Der mitberatende Innenausschuss habe auf die Abgabe eines Votums verzichtet.

Der Unterausschuss Personal habe in seiner Sitzung am 16. November 2021 votiert. Der Änderungsantrag der AfD Drucksache 17/15616 sei mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der AfD sowie bei Abwesenheit der Grünen abgelehnt worden. Anschließend sei der Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der AfD in Abwesenheit der Grünen unverändert angenommen worden. Die SPD-Fraktion habe für die heutige HFA-Sitzung einen Änderungsantrag angekündigt.

Der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe ebenfalls einvernehmlich auf die Abgabe eines Votums verzichtet.

Zur heutigen Sitzung liege der avisierte Änderungsantrag der SPD Drucksache 17/15651 vor.

Auf die Vorlage 17/6015 weise er hin, in der der Finanzminister auf die in der Sitzung am 28. Oktober 2021 gestellte Frage zu den Mehrkosten einer Anpassung der Tagelöhner und einer Erhöhung der Wegstreckenentschädigung eingehe.

Stefan Zimkeit (SPD) teilt mit, seine Fraktion greife in ihrem Änderungsantrag den in seiner Stellungnahme geäußerten Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbund auf,

auf zwei Stufen zu gehen, und sei der Meinung, dass damit der vorliegende Gesetzentwurf erheblich verbessert werde.

Herbert Strotebeck (AfD) sagt, seine Fraktion fordere in ihrem Änderungsantrag, das Kilometergeld von 30 Cent je Kilometer auf die jetzt steuerlich gültigen 35 Cent je Kilometer anzuheben.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie gegen die Stimme der AfD lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der AfD ab.

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der SPD ab.

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.